



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und
Sicherheit

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiter: Herr Baldus

E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 18.01.2024

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit

am Dienstag, 23. Januar 2024, um 17:00 Uhr,

Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Vorstellung der Stadträtin Koohestanian
3. Tipps gegen Trickbetrügereien bei Seniorinnen und Senioren

4. 24-F-69-0005

Hetze im Netz

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 17.01.2024 -

Hasskommentare und Hetze verbreiten sich im Internet blitzschnell. Seit Januar 2020 bietet das Portal „Hessen gegen Hetze“ Betroffenen und Zeugen und Zeuginnen eine niederschwellige Möglichkeit, Hetze und Hass im Internet einfach und schnell per Online-Formular, E-Mail oder Telefon den Sicherheitsbehörden zu melden - mit der Garantie auf Weiterverfolgung. Laut dem Hessischen Innenministerium sind allein im Jahr 2023 23.000 Meldungen wegen Hass, Hetze und Extremismus bei der Meldestelle eingegangen. Davon gingen 2.100 Fälle wegen Anhaltspunkten für Extremismus an den Verfassungsschutz und in über 11.000 Fällen prüfen BKA und die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt, ob die Inhalte strafbar sind. Auch die Landeshauptstadt Wiesbaden weist auf ihrer Homepage auf das Meldeportal hin.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob die Landeshauptstadt Wiesbaden Präventions- und Aufklärungsarbeit bzgl. Hetze im Netz leistet. Falls ja, wie sieht die Präventions- und Aufklärungsarbeit aus und besteht hier eine Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidium Westhessen?
2. ob, in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Innenministerium, die im Jahr 2023 im Portal „Hessen gegen Hetze“ eingegangenen 23.000 Meldungen wegen Hass, Hetze und Extremismus lokalisiert werden können, um ein Ranking zu erstellen und festzustellen, wie die Situation in Wiesbaden im Vergleich zu anderen hessischen Städten einzuordnen ist.
3. ob auch in den Social-Media-Kanälen der Landeshauptstadt Wiesbaden in den letzten drei Jahren ein Anstieg an Hasskommentaren und Hetze verzeichnet worden ist.
4. wie die Landeshauptstadt Wiesbaden mit solchen Fällen in ihren eigenen sozialen Netzwerken umgeht und, ob solche Fälle angezeigt werden (ggf. auch über das Meldeportal).

5. 23-F-57-0002

Auswirkungen des Angriffs auf Israel in Wiesbaden

- Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke, Volt, CDU, FDP und FW/Pro Auto vom 10.10.2023 -

ANLAGE

Bericht von Dezernat V vom 27. November 2023

6. 23-V-31-0022

DL 01/24-1

Bericht Evaluierung und Verlängerung Alkoholverbotszone am Platz der Deutschen Einheit

7. 21-A-78-0001

Aktueller Bericht aus dem kommunalen Frauenreferat

Seite 3 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit am 23. Januar 2024

8. 23-F-78-0012

Aktueller Bericht aus der Feuerwehr

9. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Coigné
Vorsitzende



über
Herrn Oberbürgermeister
Gert-Uwe Mende

BOZ *Juch 29.11.*

Der Magistrat

Dezernat für
Bauen & Verkehr

über
Magistrat

Stadtrat Andreas Kowol

und
Herr Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr

an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und
Sicherheit

27. November 2023

Betreff Auswirkungen des Angriffs auf Israel in Wiesbaden
Beschluss-Nr. 0091 vom 10.10.2023, (Vorlagen-Nr.23-F-57-0002)

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. wie die aktuelle Bedrohungslage für die Jüdinnen und Juden in Wiesbaden aussieht.
2. ob es Erkenntnisse über Tätigkeiten des „Gefangenenhilfsnetzwerk Samidoun“ in Wiesbaden gibt.
3. wie der aktuelle Stand zur Errichtung der bereits durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Sicherheitspoller vor der Synagoge in der Friedrichstraße ist.
4. ob es weitere Maßnahmen gibt, welche die Sicherheit und somit auch die Lebensqualität von Jüdinnen und Juden steigern können.

Berichtstext des Dezernat V:

Zu 1. und 2.:

Das Amt für Straßenverkehr und Stadtpolizei teilt mir mit, dass diese Frage im Präventionsrat mit den Vertretern der Landespolizei, des Verfassungsschutzes und der Stadtverwaltung erörtert wurde.

Demnach gibt es zurzeit keine gesicherten Erkenntnisse über erheblich gesteigerte Aktivitäten gegen Juden oder jüdische Einrichtungen in Wiesbaden, was auch die Aktivitäten des „Gefangenenhilfsnetzwerks Samidoun“ mit einschließt.

Trotz des Krieges im Gazastreifen wurde festgestellt, dass es zurzeit keine spezifische Gefährdungslage für Wiesbaden gibt. Für jüdische Einrichtungen ist die abstrakte Gefährdungslage als dauerhaft und bedeutsam anzusehen.

Allerdings liegen dem Präventionsrat keine Informationen auf eine nochmalige und weitergehenden Erhöhung der abstrakten Gefährdungslage vor, die aus der Intervention der Israelischen Verteidigungstreitkräfte im Gaza-Streifen herrühren könnten.

Zu verzeichnen sind derzeit im Raum Wiesbaden allerdings vereinzelt Aktivitäten, die sich im Bereich der Propagandadelikte bewegen.

Zu 3.:

Das Tiefbau- und Vermessungsamt teilt mir mit, dass die Sicherheitspoller für die jüdische Gemeinde bereits bestellt sind und am 15. Januar 2024 in der Friedrichstraße eingebaut werden.

Zu 4.:

Zur Beantwortung dieser Frage, wird das Amt für Straßenverkehr und Stadtpolizei Kontakt zu dem Sicherheitsbeauftragten der jüdischen Gemeinde aufnehmen, um zu erörtern, welche Sicherheitsbedürfnisse aktuell bei dieser Einrichtung im Vordergrund stehen. Die Ergebnisse dieses Austausches werden dann gegebenenfalls im Präventionsrat erörtert.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Kowol